Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 17. Dezember 1932

36. Jahrgang — Nummer 51

Von Papen zu Schleicher

Es hat lange gedauert, ehe man dem Reichstage ein fertiges Kabinett vorstellen konnte. Das theatralische Wechselspiel mit den Nationalsozialisten hat die Regierungsbildung um Wochen verzögert. Die innere Hohlheit dieser Bewegung hat sich nie besser gezeigt, wo der Oberosaf, der angeblich auf nichts mehr wartete, als sich dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen, die Regierung übernehmen sollte. Die Nationalsozialisten haben durch geschicktes Lavieren auch diesmal wieder vermieden, einen größeren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Darin liegt das Eingeständnis, daß man es sich nicht zutraut, von den zahlreichen Versprechungen auch nur wenige erfüllen zu können.

Das Ergebnis der Bemühungen zu einer Regierungsbildung endete schließlich damit, daß der stärkste Mann in der Papen-Regierung, General von Schleicher, das Reichskanzleramt übernahm. Es ist ein Fortschritt, daß der Mann, der im Hintergrunde die deutsche Politik in den letzten Monaten wesentlich bestimmt hat, selbst die Verantwortung übernimmt.

Besser ist es, die verantwortliche Person im vollen Rampenlicht vor sich zu sehen, als zu wissen, daß sie hinter der Bühne die Drähte zieht. Wir sind also von einem Kabinett Papen zu einem Kabinett Schleicher gekommen. In Wirklichkeit kamen wir von Schleicher zu Schleicher. Es wurden nur einige Personen ausgeschifft, die eine allzu große Belastung gewesen wären, wie die Erzreaktionäre von Papen und von Gayl. Bracht ist noch da, und zwar als Reichsinnenminister. Reichsarbeitsminister wurde Dr. Syrup (den Gewerkschaften kein Unbekannter).

Der Aufstieg des jetzigen Regierungschefs steht einzig da. Er hat Minister ein- und abgesetzt, ohne daß die breite Oeffentlichkeit davon etwas erfuhr. Nun wird dieser General zu zeigen haben, wie er das deutsche Volk über diesen Winter hinweg bringt. Bevor er seine Zustimmung zur Uebernahme des Kanzleramtes gegeben hat, hat er auch mit den Gewerkschaften Fühlung genommen und erkennen lassen, daß er nicht gewillt sei, den reaktionären Kurs der verflossenen Regierung fortzusetzen. Abwarten, heißt hier die Parole. Das Bestreben des Herrn von Schleicher geht offenbar dahin, mit allen Bevölkerungsschichten zu einem gewissen Einvernehmen zu gelangen. Er wird vor allen Dingen versuchen, mit den Nationalsozialisten einen Waffenstillstand zu schließen, um einige Zeit ohne den Einspruch des Reichstages regieren zu können. Ob ihm das gelingt, steht im Augenblick noch nicht fest. Wir wollen es unterlassen, uns in Prophezeiungen über die Möglichkeiten des neuen Kabinetts zu ergehen. Was die Gewerkschaften von jeder neuen Regierung erwarten, ist eindeutig und ihr bereits mitgeteilt.

Die Regierungsmaßnahmen des Kabinetts Papen haben gezeigt, daß allein mit der Gunst des Reichspräsidenten auf die Dauer nicht zu regieren ist. Die Maßnahmen bezüglich der Innenpolitik haben zu einer maßlosen Verbitterung geführt. Die wirtschaftspolitischen Projekte waren eine Fehlspekulation. Die Reichskasse ist leer, und außenpolitisch sehen wir einen verfinsterten Horizont vor uns. Die neue Regierung wird auf verschiedenen Gebieten das Steuer kräftig herumwerfen müssen, um das wieder gut zu machen, was die verflossene Regierung an Schaden hinterlassen hat. Da aber die jetzige Regierung zum großen Teil aus den alten Personen besteht, ist auf eine entschlossene Umkehr nicht zu hoffen. Klarheit haben die letzten Wochen insofern gebracht, daß die nationalsozialistische Partei mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag wird der Niedergang dieser Partei deutlich sichtbar. Die Gemeindewahlen im Freistaat Thüringen vom 4. Dezember haben den Nazis gegenüber der letzten Reichstagswahl einen Stimmenrückgang von 23 v. H. und gegenüber der Juliwahl einen solchen von 38 v. H. gebracht. Der Stimmenrückgang der SPD. von etwa 10 v. H. ist zu erklären aus der Verringerung der Wahlbeteiligung. Auch die Kommunisten schnitten gegenüber der letzten Reichstagswahl in Thüringen mit 14 v. H. schlechter ab als die SPD. Immer mehr wird es offenbar, daß die nationalsozialistischen Strategen einen Teil ihrer einstigen Anhänger durch ihre plumpe Taktik und ihre grenzenlose Demagogie verscheuchen. Somit ist es möglich, in der Innenpolitik etwas klarer zu sehen. Die durch Demagogie, Haß und Verleumdung aufgepeitschten Fluten beginnen sich zu verlaufen. Lieber ist uns ein offener Gegner als diese schleimigen Phrasenhelden, von denen man nicht weiß, ob sie warm oder kalt sind.

Der Kollege Leipart hat dem General von Schleicher auf dessen Wunsch nach einer Unterredung die Forderungen des ADGB. schriftlich überreicht. (Siehe „Steinarbeiter" Nr. 50, S. 2.)

Damit hat die Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften die Erfordernisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den nächsten Wochen eindeutig abgesteckt. Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten ist das dringendste Erfordernis. Der eingesetzte Kommissar für dieses Ressort, Dr. Gerecke, wird zu zeigen haben, inwieweit er sich durchsetzen kann. Eindeutig ist dabei aber zu fordern, daß durch seine Maßnahmen die deutsche Währung nicht erschüttert werden darf. Notwendig ist aber noch zu betonen, daß mit der Kontingentierungspolitik und der widersinnigen Agrarpolitik unter allen Umständen Schluß gemacht werden muß. Die Hinwendung zur Weltpolitik ist das dringendste Erfordernis.

Herr Schleicher wird auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik erweisen müssen, ob er das Prädikat „der soziale General", das ihm von einigen bürgerlichen Blättern zuerkannt wurde, verdient oder nicht. Unsere Erwartungen in dieser Beziehung sind sehr klein. Der härteste Winter seit Menschengedenken steht uns bevor. Jede Regierung wird scheitern, die es nicht versteht, den hungernden Volksmassen ein Minimum von Lebensmöglichkeiten zu geben. Wir, die mit den verelendeten Volksmassen in einer Reihe marschieren, werden mit allen Mitteln dafür eintreten, daß das soziale Los der Hungernden und Darbenden erleichtert wird. Ist die Regierung von Schleicher bereit, hier mitzuhelfen, dann gut. Sonst wird sie in kurzer Zeit genau so von der Bildfläche verschwinden wie ihre Vorgängerin.

Der Fürsorgestaat

Jahrzehnte lang hat Deutschland in der Welt den Ruf genossen, das auf dem Gebiet der Sozialpolitik führende und beispielgebende Staatswesen zu sein. Namentlich auch der Aufbau und Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege hat die Anerkennung, teilweise die Nachahmung des Auslandes gefunden; gerade in der letzten Vergangenheit waren es sogar die der staatlichen Sozialpolitik früher sehr abgeneigten Vereinigten Staaten, die durch Kommissionen die Einrichtung der deutschen Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, studierten, um so für ihr eigenes Land Grundlagen einer sozialpolitischen Gesetzgebung zu gewinnen.

Aber während noch das Ausland auf der großen Leistung der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung aufzubauen sucht, gewinnen in Deutschland mehr und mehr die Kräfte die Oberhand, die das bisherige sozialpolitische System verleugnen, ja die sogar gegen dies System die Anklage erheben, Ursache des wirtschaftlichen Niederganges zu sein. Während im Ausland die bemerkenswerte Ruhe und Geduld, mit der die von der Wirtschaftsnot am schwersten getroffenen Volkskreise ihr Schicksal ertragen, gerade mit den mildernden Maßnahmen der deutschen Sozialversicherung erklärt wird, ist man in Deutschland dabei, die sozialen Leistungen in unerträglichem Ausmaß abzubauen, und die Grundlagen des Systems der sozialen Versicherung zu zerstören. Dies alles geschieht unter der primitiven Parole, daß ein armes Land sich den Luxus einer fortschrittlichen Sozialpolitik nicht mehr leisten könne und daß die Wirtschaft durch die sozialen Ausgaben erdrosselt werde. Warnend weist man auf die Milliardensummen des deutschen Sozialetats hin und versucht, den Eindruck zu erwecken, als wenn diese Ausgaben als reine Verluste der Volkswirtschaft für unnötige und unproduktive Zwecke verschwendet würden.

Man könnte demgegenüber einwenden, daß ganz abgesehen von allen sozialen Rücksichten ein Staat, der seine staatliche und wirtschaftliche Ordnung aufrecht erhalten will, sich gewisser Verpflichtungen gegenüber Arbeitslosen, Kranken und Invaliden nicht entledigen kann und daß darum solche Ausgaben, selbst wenn sie als Verluste anzusehen wären, unerläßlich sind. Aber weiterhin ist ja festzustellen, daß es sich gerade bei den Leistungen der Sozialversicherung in der Tat um nichts anderes handelt, als um eine ganz bestimmte soziale Verteilungsordnung. Es wird nämlich der Sozialbeitrag vom Lohn abgezweigt, um an Arbeitnehmer, die besonderen Notständen ausgesetzt sind, verteilt zu werden; im übrigen aber gehen die Sozialleistungen genau den gleichen Weg, den auch die Löhne gehen, sie wandern nämlich dem Verbrauch zu.

Alle diese Erkenntnisse sind nicht neu, aber es scheint, als wenn sie bis in die heute regierenden Kreise noch nicht gedrungen, oder aber dort wieder vergessen worden seien.

Gilt aber schon allgemein, daß der Sozialaufwand in Deutschland keineswegs etwa mit nutzloser Verschwendung gleichgesetzt werden kann, so läßt sich noch weniger die Behauptung rechtfertigen, daß etwa die Sozialleistung im Einzelfalle als unangemessen hoch zu betrachten wäre. Die durchschnittliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung in der sogenannten Arbeitslosenversicherung beträgt heute noch etwa ganze 41 Mark pro Monat. Darin sind noch die Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen und zur Aufrechterhaltung ihrer Anwartschaften in der Rentenversicherung mit einbegriffen. Die nach Ablauf der sechsten Bezugswoche einsetzende Hilfsbedürftigkeitsprüfung vermindert den Durchschnittssatz noch weiter, indem sie alle in den höheren Lohnklassen bewilligten Unterstützungen auf den Richtsatz der Gemeinde herunterdrückt. Anderseits liegen viele Lohnklassenunterstützungen — man kann getrost schätzen ungefähr die Hälfte aller in der Versicherung gezahlten Unterstützungen — unter den Richtsätzen der öffentlichen Fürsorge.

In der Invalidenversicherung beträgt die Durchschnittsrente heute monatlich 30 Mark. Ein großer Teil der Invalidenrentner kann das nackte Leben nur dadurch erhalten, daß er noch eine bescheidene Zusatzunterstützung aus der kommunalen Fürsorge bezieht. In der Unfallversicherung werden Renten für Beschädigungen unter 25 Prozent überhaupt nicht mehr gewährt; die auch für die Bemessung der Teilrenten maßgebende Vollrente ist auf 61⅔ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes gesenkt worden.

In der Krankenversicherung ist die Inanspruchnahme von Arzt und Medikamenten durch die bekannte 50-Pfg-Gebühr erschwert und das Krankengeld grundsätzlich auf 50 Prozent des Lohnes gesenkt worden.

Niemand wird behaupten können, daß das etwa übertriebene Leistungen seien, zumal wenn man berücksichtigt, daß zur Finanzierung dieser Leistungen ungefähr 20 Prozent des Lohnes in Anspruch genommen werden, wenn man den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil berücksichtigt, denn in der Arbeitslosenversicherung, in der die Ansprüche am gewaltigsten reduziert sind, beträgt der Beitrag allein 6½ Proz., wozu noch durchschnittlich 1½ Proz. Abgabe zur Arbeitslosenhilfe hinzukommen, in der Invalidenversicherung 5 Prozent, in der Krankenversicherung 5—6 Prozent und in der Unfallversicherung etwa 2 Prozent.

Die ungeheuren Opfer, die die soziale Not noch heute erfordert, bringt demnach die Arbeitnehmerschaft zum großen Teil durch ihre eigenen solidarischen Leistungen; es ist daher der ungerechteste Vorwurf, wenn man gerade sie als Nutznießer der „Staatsfürsorge" bezeichnet. Daß die Arbeitnehmerschaft sogar weit über den Rahmen der Sozialversicherung hinaus heute mit ihren Beiträgen zur Stützung der Staatsfinanzen beiträgt, beweist besonders drastisch das Beispiel der Arbeitslosenversicherung, deren Beitragsaufkommen zu mehr als der Hälfte heute vom Reich in Anspruch genommen, und für die Finanzierung der Krisenfürsorge verwandt wird. Die Einführung der Arbeitslosenabgabe und ihre Einziehung durch die Krankenkassen ist damit begründet worden, daß der Sozialbeitrag stets „besonders gut eingehe" und daß er darum einer Steuer vorzuziehen sei. Selbstverständlich spielt für die Regierung eine mindestens ebenso große Rolle die Erwägung, daß diese Sozialsteuer eben nur den Arbeitnehmer (im Falle der Arbeitslosenabgabe auch den Beamten) trifft und daß sie grundsätzlich auch die kleinsten Einnahmen ergreift.

Aus diesem Grunde haben die deutschen Arbeiter und Angestellten alle Ursache, sich die unerhörten Angriffe gegen die Sozialpolitik zu verbitten, die gerade von jenen Kreisen ausgehen, die selbst hemmungslose Nutznießer öffentlicher Unterstützung sind und die ihre historische Schuld an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch von sich auf das System der deutschen Sozialpolitik abzuwälzen suchten. Es wird im Gegenteil alsbald die Frage aufzuwerfen sein, ob das außerordentliche Opfer des Sozialbeitrags von den Arbeitnehmern noch länger getragen werden kann, wenn die im Rahmen der Sozialversicherung gewährten Leistungen sich kaum mehr von denen der öffentlichen Fürsorge unterscheiden, die ohne Voraussetzung einer Beitragsleistung schlechthin für jeden Hilfsbedürftigen einzutreten hat. Namentlich in der Arbeitslosenversicherung wird in nächster Zeit eine Entscheidung darüber zu treffen sein, ob die Regierung den Versicherungscharakter dieser Einrichtung wirklich wiederherstellen will, oder ob sie sich auf eine Arbeitslosenfürsorge beschränken zu können glaubt, womit alsdann allerdings auch jede Berechtigung zur Erhebung von 8 Prozent Beitrag entfallen würde.

Erklärung: Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd **Gerüchte verbreitet,** wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialisten Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. **Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.**

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Klassenverrat des ADGB." dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle" ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille" (Lenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der **unverkennbare Zweck** aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, **in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.**

Berlin, 8. Dezember 1932.

Der Bundesvorstand.

Um die Seele des Arbeiters

Es ist erstaunlich, welche Menschen und Gruppen sich heute bemühen, die Köpfe der Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. War die große Masse der Hand- und Kopfarbeiter noch vor 30 Jahren der belanglose vierte Stand der Menschheit, geschaffen nur zum Dienen und zum Schuften, so findet nach dem Kriege geradezu ein Wettlauf von Parteien, Gruppen und Organisationen um den ehemals verachteten Proletarierstand statt. Bei Wahlkämpfen triefen sie alle von Arbeiterfreundlichkeit, angefangen von der verlogenen Sippschaft der Nazis bis zu den Reaktionären um Hugenberg. Man ist versucht angesichts dessen auszurufen: Mein Gott, schütze uns vor unseren Freunden, vor unseren Feinden können wir uns selbst schützen!

Eine der gefährlichsten Bewegungen und Organe im Kampf um die Seele des Arbeiters hat sich der Großkapitalismus in dem Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) geschaffen. Kürzlich fand die diesjährige Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde des Dinta e. V. in Düsseldorf statt. Aus diesem Anlaß wurde von der Pressestelle des Dinta ein Artikel verschickt, der in schleimigen und schwülstigen Worten die Bedeutung des Dinta hervorhebt. Es wird darauf verwiesen, daß der schaffende Mensch das wertvollste Gut der Volkswirtschaft ist. Dieses wertvollste Gut sei sorgsam zu pflegen und praktisch wirkungsvoll anzusetzen. Solche Worte klingen in einer Zeit jahrelanger Massenarbeitslosigkeit geradezu wie ein Hohn. Gerade die Freunde des Dinta haben vor Massenentlassungen niemals zurückgeschreckt. Wo das Dinta herrschte, war die Arbeitslosigkeit am größten. Trotzdem spricht man von Arbeits-, Staats- und Schicksalsgemeinschaften und gefällt sich in ähnlichen Phrasen. Der schaffende deutsche Mensch müsse frei werden von vielen Hemmungen, unter denen er gegenwärtig noch bei seiner Arbeit zu leiden hat.

Die Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde des Dinta war stark durchsetzt von der jüngeren Generation der Betriebsingenieure, Werkspädagogen und des Fach- und Handelsschulwesens. Das sind die Personen, die durch das Dinta eine Führerstellung im Betrieb erhalten wollen; die Postenjäger, die sich an den Schoß jeder Bewegung hängen. Nach Männern mit der schwieligen Faust hat man sich vergeblich umgesehen. Kein Wunder auch, fiel doch die Tagung mit dem Deutschen Eisenhüttentag 1932 zusammen. Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute ist der Gründer des Dinta. Der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Vogler, hob

in seiner Eröffnungsrede hervor, daß das Dinta erfolgreich bemüht gewesen sei, „die Seele des jungen Menschen einzufangen, ihm beizubringen, in der Arbeit nicht nur die Fron, sondern den Segen zu sehen und so die Freude an ihr als den besten Teil des Lebens zu empfinden.“ Man hatte sich zwei Persönlichkeiten verschrieben, Hans Grimm und Leopold Ziegler. Der erste sprach über das Thema vom „Deutschen Kampf um die Persönlichkeit“. Der zweite verlor sich in philosophischen Betrachtungen über das Thema „Nationale Wirtschaft“. Ein näheres Eingehen auf diese beiden im Dinta-Sinne gehaltenen Vorträge wollen wir uns schenken. Dagegen interessiert uns der Bericht des Dinta-Organisators, Dr.-Ing. Arnhold, über die Dinta-Arbeit des verflossenen Jahres. Man erfuhr daraus, daß in Deutschland und Oesterreich vom Dinta im Laufe der Jahre 150 Lehr- und Anlernwerkstätten sowie Werkschulen errichtet sind. Diese Ausbildungs- und Erziehungsarbeit habe durch Einführung der Vorlehre bzw. Nachlehre vielfach eine nicht geringe Ausweitung erfahren. Das Dinta habe sich die „Deutsche Rationalisierung“ zur zweiten Aufgabe gesetzt und hier in einer großen Anzahl von Werken der Textilindustrie, der Gummiindustrie und der Zigarettenbranche Pionierarbeit geleistet. Man erfuhr leider nicht, was dies für eine Pionierarbeit gewesen ist. Richtig ist jedenfalls, daß in den Betrieben, wo das Dinta Eingang gefunden hat, die Rationalisierung rücksichtslos durchgeführt wurde. Sehr aufschlußreich war die Mitteilung, daß das Dinta sich mit Erfolg in den freiwilligen Arbeitsdienst einzuschalten wußte. Die zu diesem Zweck geschaffene Nebenorganisation „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsdienst und Siedlung“ hat bereits verschiedene Arbeitslager im Betrieb, die nach den Ideen des Dinta geführt werden und eingerichtet sind. Die Dinta-Leute sind Anhänger der Arbeitsdienstpflicht. In diesem Sinne werden sie auch zu wirken bestrebt sein.

Es gibt mancherlei Versuche, die Seele des jungen Arbeiters einzufangen. Man ist bestrebt, die Hand- und Kopfarbeiter loszulösen von der großen Schicksalsgemeinschaft, die sie in ihrer Gesamtheit bilden. Wie die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, sind diese Bemühungen nicht ohne Erfolg gewesen. Das Dinta ist eine der gefährlichsten Organisationen auf diesem Gebiet. Mit Ruhe und Beharrlichkeit müssen wir fortfahren, die Köpfe der Arbeiter aufzuklären und sie immun zu machen vor den gefährlichen Giftgasen, mit denen man sie zu vernebeln sucht. Es ist dies ein Mittel zum Zweck, um den Klassenkampf von oben desto schärfer durchzuführen. Unsere Aufgabe liegt in der unablässigen Aufklärung, daß den Arbeiter aus der rauhen Welt der Gegenwart weder Propheten des Dritten Reichs noch Organisatoren einer neuzeitlichen Gelbenbewegung herauszuführen vermögen.

Die Anstaltspflege in der Unfallversicherung

Zu den vornehmsten Aufgaben der Träger der Unfallversicherung gehört die Heilung der Verunfallten und die Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit. Einmal müssen dies die Berufsgenossenschaften im Hinblick auf den verletzten oder erkrankten Versicherten tun, darüber hinaus zwingt sie hierzu ihr eigenes Interesse, nämlich die mögliche Ersparnis von Rente. Der § 559 der Reichsversicherungsordnung gibt deshalb den Berufsgenossenschaften auf, den Verletzten Krankenbehandlung zu gewähren. In dem Rahmen dieser Krankenbehandlung fällt gegebenenfalls auch die Unterbringung des Versicherten in eine geschlossene Anstalt (Krankenhaus, Heilanstalt usw.). Es gelten hierfür mancherlei Vorschriften. Um die Versicherten vor Schaden und Nachteil zu bewahren, ist es angebracht, auf diese Vorschriften einmal kurz einzugehen.

Grundsätzlich bestimmt der § 558 der bereits erwähnten RVO hierüber: „Die Genossenschaft kann als Krankenbehandlung freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt (Heilanstaltspflege) und als Pflege freien Unterhalt und Pflege in einer geeigneten Anstalt (Anstaltspflege) gewähren.“ Es wird also zwischen Heilanstaltspflege und Anstaltspflege unterschieden. Rechtlich spielt dieser Unterschied keine Rolle. Heilanstaltspflege wird gewährt, entweder zur Feststellung der Unfallfolgen oder zur Heilung derselben. Anstaltspflege kommt bei solchen Versicherten vor, die infolge des Unfalles so hilflos sind, daß sie ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen können. Das Hauptmerkmal der Anstaltspflege ist das Fehlen ärztlicher Behandlung. In den folgenden Zeilen soll sich nur mit der Heilanstaltspflege befaßt werden. Wichtig ist, daß der Erkrankte zwar von der Genossenschaft in eine Krankenanstalt gelegt werden kann. Er selbst hat jedoch keinen Rechtsanspruch auf diese Leistung. Hat der Verletzte einen eigenen Haushalt oder ist er Mitglied des Haushaltes seiner Familie, so bedarf es seiner Zustimmung. Bei einem Minderjährigen über 16 Jahre genügt seine Zustimmung. In besonderen Fällen kann der Versicherte auch ohne seine Zustimmung oder sogar gegen seinen Willen in ein Krankenhaus gelegt werden. Es ist dies dann der Fall, wenn die Art der Verletzung eine Behandlung oder Pflege verlangt, die in der Familie des Verletzten nicht möglich ist, wenn die Krankheit ansteckend ist, wenn der Versicherte gegen die Anordnungen des Arztes oder gegen die Krankenordnung verstößt oder wenn der Zustand oder das Verhalten des Verletzten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. In diesen Fällen soll möglichst Krankenhauspflege gewährt werden. Die Genossenschaft muß, wenn sie Krankenhauspflege gewährt, auch sämtliche anderen Unkosten (Transportkosten, etwa vorgeschriebene Bekleidungsstücke usw.) tragen. In der Gewährung von Heilanstaltspflege liegt keine Anerkennung einer Entschädigungspflicht. Hat eine Krankenkasse oder eine Berufsgenossenschaft einen Verletzten in einer Anstalt mit genügender Heilbehandlung untergebracht, so darf er während des Heilverfahrens ohne seine Zustimmung in keine andere Anstalt gebracht werden. Sehr wichtig ist ferner noch die Bestimmung, daß der Schadenersatz zeitweise gänzlich oder zum Teil versagt werden kann, wenn der Verletzte eine Anordnung, welche die Krankenbehandlung betrifft, ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund nicht befolgt. Hierunter fällt auch die Verweigerung einer angeordneten Krankenhausbehandlung. Während der Heilanstaltspflege fällt eine etwa gewährte Rente oder das Krankengeld weg. Durch Gewährung der Heilanstaltspflege aus Anlaß eines Unfalles wird jedoch die wegen eines anderen Unfalles gewährte Rente nicht berührt. Die bislang geltenden Bestimmungen über die Zahlung eines Tage- oder Familiengeldes während der Heilanstaltspflege sind durch die 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wesentlich geändert worden. Sie lauten jetzt: „Gewährt die Genossenschaft einem Verletzten Heilanstaltspflege, so hat sie für das Familien- und Tagegeld die Vorschriften der Krankenversicherung über Hausgeld und Krankengeld bei Krankenhauspflege entsprechend anzuwenden. Bei den auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit Versicherten sind ferner die Bestimmungen ihrer Krankenkasse maßgebend. Sonst gilt für die Berechnung des Hausgeldes als Grundlohn der Ortslohn des Wohnortes des Angehörigen.“ Nach den neuesten Bestimmungen wird nun in der Krankenversicherung an Ledige kein Taschengeld bei Krankenhauspflege gezahlt. Verheiratete erhalten die Hälfte ihres Krankengeldes als Hausgeld. Die Kassen haben jedoch das Recht, satzungsgemäß auch ein höheres Hausgeld zu gewähren.

Kl—s.

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise

2. Schicksal der Arbeitslosen

Hand in Hand mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit verschlechterte sich in den letzten Jahren die Lage der Opfer der Krise. Die Sozialreaktion hat nicht nur die Unterstützungssätze, sondern auch die Dauer der Unterstützung der Arbeitslosen gekürzt. Das System der Versicherung gegen die Erwerbslosigkeit, das beste Stück der deutschen Sozialpolitik, hat sich allmählich in eine kümmerliche Wohlfahrtspflege verwandelt.

Ende August d. J. zählten die Arbeitsämter rund 5,2 Millionen Arbeitslose. Davon waren weniger als 700 000 von der Arbeitslosenversicherung unterstützt, weitere 1,3 Millionen bezogen die Unterstützung bei der Krisenfürsorge. Von den übrigen 3,2 Millionen wurden 2 Millionen als Wohlfahrtserwerbslose von den Gemeinden betreut, während 1,2 Millionen ohne jede öffentliche Unterstützung ihrem Schicksal überlassen blieben. In Wirklichkeit war die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen noch höher: Dieser Gruppe sind nämlich noch diejenigen Erwerbslosen zuzurechnen, die in den Listen der Arbeitsämter nicht geführt werden. Das Heer dieser unsichtbaren Arbeitslosen war Ende August auf etwa 2,3 bis 2,4 Millionen Köpfe zu schätzen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen gliederte sich am Stichtag etwa wie folgt:

	in Tausend	in v. H.
Hauptunterstützungsempfänger:		
In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	697	9,2
In der Krisenfürsorge (Kru)	1295	17,1
Wohlfahrtserwerbslose (We)	2030	26,7
Nichtunterstützte Arbeitslose:		
Bei den Arbeitsämtern	1202	15,8
Außerhalb der Arbeitsämter	2366	31,2
Insgesamt:	7590	100,0

Noch vor zwei Jahren war das Verhältnis völlig anders. Damals, Ende August 1930, gab es im Reich:

	in Tausend	in v. H.
Hauptunterstützungsempfänger:		
In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	1507	40,2
In der Krisenfürsorge (Kru)	441	11,8
Wohlfahrtserwerbslose (We)	541	14,4
Nichtunterstützte Arbeitslose:		
Bei den Arbeitsämtern	482	12,9
Außerhalb der Arbeitsämter	775	20,7
Insgesamt:	3746	100,0

Der Vergleich der Schichtung des Arbeitslosenheeres nach der Art der Unterstützung gegenwärtig und vor zwei Jahren gibt eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die deutschen Arbeiter vor der Entfaltung der Reaktion soziale Errungenschaften besessen hatten.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zurückgegangen, weil die Unterstützungsdauer durch die Notverordnungen gekürzt wurde, während die Dauer der Arbeitslosigkeit infolge der Krise angewachsen ist. Aber die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen blieben nicht lange bei der Krisenfürsorge, sie wurden weiter nach unten, zu den Wohlfahrtsämtern, befördert. Im August 1930 zahlten die Alu und Kru zusammen Unterstützungen an 52 v. H. der Gesamtzahl der Arbeitslosen, im August 1932 leisteten sie unmittelbar Hilfe nur noch an 26,3 v. H.*)!

Unheimlich ist das Wachstum der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen: Eine halbe Million im Sommer 1930, zwei Millionen im August d. J. Zugleich hat sich die Zahl der Nichtunterstützten beinahe verdreifacht. Sie ist von rund 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen angewachsen.

Das Diagramm 2 zeigt, wie sich im Laufe der letzten vier Jahre das Schicksal der Arbeitslosen allmählich verschlechtert hat. Mit der Zuspitzung der Krise und dem Wachstum der Zahl der Arbeitslosen (obere Kurve des Diagramms) veränderte sich das politische Kräfteverhältnis im Reiche zuungunsten der Arbeitnehmer, und diese Veränderung äußerte sich im Abbau der Sozialversicherung. Die Zahl der Hauptunterstützten in der Alu (schwarze Stäbchen), anstatt mit der steigenden Not zu steigen, ging zurück; die Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kru (weiße Stäbchen) hielt nicht Schritt mit der emporeilenden Kurve der Arbeitslosigkeit, immer größer wurde der Teil des Arbeitslosenheeres, der auf die Wohlfahrtserwerbslosen (fette senkrechte Linien) und Nichtunterstützten (dünne Linien oben) entfällt.

Aber auch die Lage der Arbeitslosen in jeder dieser fünf Gruppen ist in den letzten Jahren nicht unverändert geblieben: Mit der Verschärfung der Krise mußte der Staat Sparmaßnahmen ergreifen und es war eine Selbstverständlichkeit, daß an erster Stelle bei den Aermsten unter den Armen, bei den Arbeitslosen, gespart wurde!

Der Kürzung der Unterstützungssätze in den einzelnen Lohnklassen gesellte sich der Abstieg der meisten Arbeitnehmer von den oberen Lohnklassen in die unteren — zwangsläufige Folge des Lohnabbaues.

Ein Arbeiter, der im Jahre 1930 im Durchschnitt 48 Mark in der Woche verdient hat, erhält jetzt — solange er beschäftigt ist — kaum mehr als 36 Mark (am häufigsten noch weniger). Im Falle der Arbeitslosigkeit hatte er im Jahre 1930 von der Arbeitslosenversicherung eine wöchentliche Hauptunterstützung von 15,75 Mark mit einem Familienzuschlag von 2,25 Mark pro weiteres Familienmitglied bezogen. Seit August 1932 kann er (beim Wochenverdienst von 36 Mark) nur eine Hauptunterstützung von 6,— bis 8,40 Mark (je nach der Ortsklasse) beanspruchen, während sein Familienzuschlag zwischen 1,50 Mark und 1,80 Mark pro Familienmitglied schwankt. Die Unterstützungssätze in der Alu sind also tatsächlich etwa auf die Hälfte gekürzt worden, und es ist nur die privilegierte Minderheit der Arbeitslosen (etwa 9 v. H.), die die Unterstützung bei der Alu bezieht.

*) Hier sind nicht berücksichtigt die Ueberschüsse der Alu, die zur Finanzierung der Wohlfahrtspflege mit herangezogen werden.

Allerdings fällt nach der Juni-Notverordnung der Unterschied zwischen dieser Minderheit und den übrigen Arbeitslosen nicht mehr schwer ins Gewicht: Die Gliederung nach Lohnklassen (d. h. nach der Höhe der Beiträge, die der Arbeitnehmer an die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat) wird nur für die ersten sechs Wochen der Unterstützung zugunsten der Arbeitslosen berücksichtigt. Dann tritt die Bedürftigkeitsprüfung in Kraft, und der Arbeitslose, obwohl er seine Unterstützung weitere 14 Wochen von der Alu bezieht, wird im besten Falle den Wohlfahrtserwerbslosen gleichgestellt.

Die Wohlfahrtserwerbslosen bildeten bisher die niedrigste Schicht der unterstützten Arbeitslosen. Die jüngsten Notverordnungen haben auch in dieser Hinsicht eine neue Lage geschaffen: In diesem Winter werden die Hauptunterstützungsempfänger in der Kru und etwa 70 v. H. der Arbeitslosen in der Alu im besten Falle auf dieselbe Weise behandelt wie die Wohlfahrtserwerbslosen! Die Unterstützungssätze der letzteren sind in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. Im großen und ganzen aber waren sie bisher nicht höher als die unteren Sätze der Arbeitslosenversicherung. Dieses Verhältnis hat sich wahrscheinlich nicht stark geändert. Es ist daher anzunehmen, daß im Durchschnitt alleinstehende Wohlfahrtserwerbslose in den meisten Gemeinden nicht mehr als etwa 5 bis 6 RM in der Woche oder 70 bis 95 Pfennig pro Tag erhalten. Wie ein Mensch damit leben kann, ist seine Sorge, der Staat hat sich darum nicht zu kümmern.

Ein großer Teil der Arbeitslosen bekommt aber überhaupt keine öffentliche Unterstützung. Die Arbeitsämter zählten Ende August 1 202 000 nichtunterstützte Arbeitslose; wir haben uns aber überzeugen können, daß es neben ihnen noch etwa 2,3 bis 2,4 Millionen unsichtbare Arbeitslose gibt. Ueber die Lebensbedingungen und Existenzquellen dieser Menschen wird keine Statistik geführt.

Die Arbeitsämter präzisieren wie folgt die Zusammensetzung ihrer nichtunterstützten Arbeitslosen: „Darunter fallen u. a. Arbeitslose, für die am Stichtag die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung läuft, sowie nicht in die Krisenfürsorge (wegen mangelnder Bedürftigkeit) oder in die Wohlfahrtsunterstützung übernommene Personen, ferner solche, über die eine Sperrfrist verhängt ist, sodann solche, die ohne Kenntnis des Arbeitsamts krank sind, ein Teil der arbeitslosen Sozialrentner und der beschränkt Erwerbsfähigen.“ Die Zahl der Personen, die wegen Wartezeit oder Sperrfrist keine Unterstützung beziehen, darf nicht 200 000 übersteigen; die übrigen Gruppen der Nichtunterstützten bei den Arbeitsämtern sind dieselben wie in der unsichtbaren (verborgenen) Arbeitslosigkeit.

Es scheint allerdings, daß nicht alle Wohlfahrtserwerbslosen von den Arbeitsämtern gezählt werden. Unter den Arbeitslosen, die den Arbeitsämtern fernbleiben, sind etwa 200 000 solche, die bei den Wohlfahrtsämtern Unterstützung beziehen. Weiter ist es nicht außer acht zu lassen, daß bei jeder Konjunktur eine Zahl von unsichtbaren Arbeitslosen vorhanden bleibt. Jugendliche, die noch keine Arbeit gefunden haben; Arbeiter, die ihre Stellung wechseln; halbinvalide Personen, die sich als Arbeitslose betrachten, obwohl sie für den Arbeitsmarkt nicht mehr in Frage kommen u. a. m. Diese ewige unsichtbare Arbeitslosigkeit, die von keinem Wirtschaftsaufschwung aufgesaugt wird, läßt sich etwa auf 400 000 bis 500 000 abschätzen.

Der Gesamtzahl der „nichtunterstützten“ Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern und außerhalb der letzteren (rund 3,6 Millionen) sind also abzuziehen:

die wegen Wartezeit bzw. Sperrfrist Nichtunterstützten	200 000
die bei den Arbeitsämtern nicht gezählten Wohlfahrtserwerbslosen	200 000
die ewige unsichtbare Arbeitslosigkeit	400 000—500 000
Insgesamt	800 000—900 000

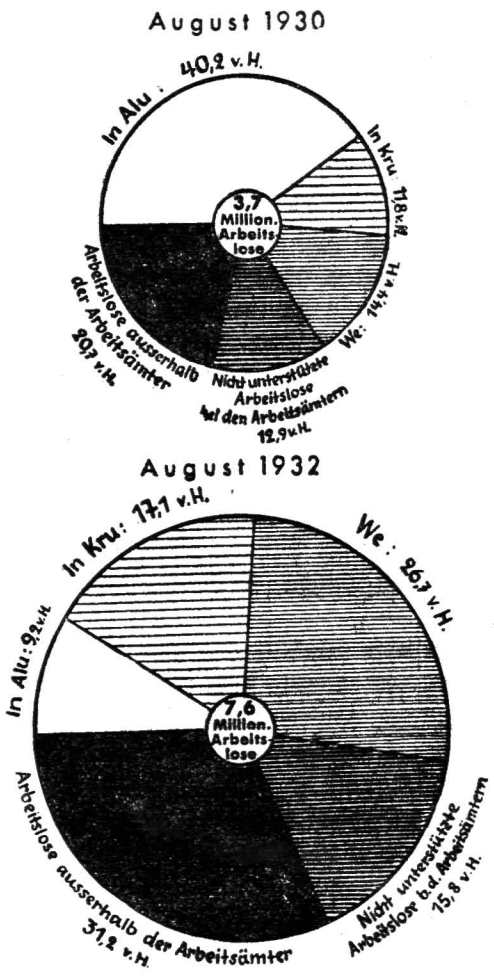
Es bleiben immer noch 2,7 bis 2,8 Millionen Menschen übrig. Wovon leben sie?

Die meisten unter ihnen werden zweifellos von ihren Familienangehörigen unterstützt. Die Berufszählung vom Jahre 1925 hat gezeigt, daß die Zahl der Arbeitnehmerhaushaltungen in Deutschland viel kleiner ist als die Zahl der Arbeitnehmer: In den meisten Arbeitnehmerhaushaltungen gibt es neben dem Familienvorstand wenigstens noch ein mitverdienendes Familienmitglied. Unter den 19,3 Millionen von der Zählung registrierten Arbeitnehmern gab es nicht weniger als 7,5 Millionen solcher, die im Familienhaushalt ihrer Eltern, Geschwister oder des Ehemannes lebten. Seither ist der Prozentsatz der mitverdienenden Arbeitnehmer zurückgegangen. Aber rund 30 v. H. der Arbeitslosen, d. h. etwa 2,3 Millionen, können noch immer in der Familie den Rückhalt finden. Hier ist das umfangreiche Gebiet der Streckung des Elends, die allein die Existenz der verborgenen Arbeitslosigkeit zu erklären vermag.

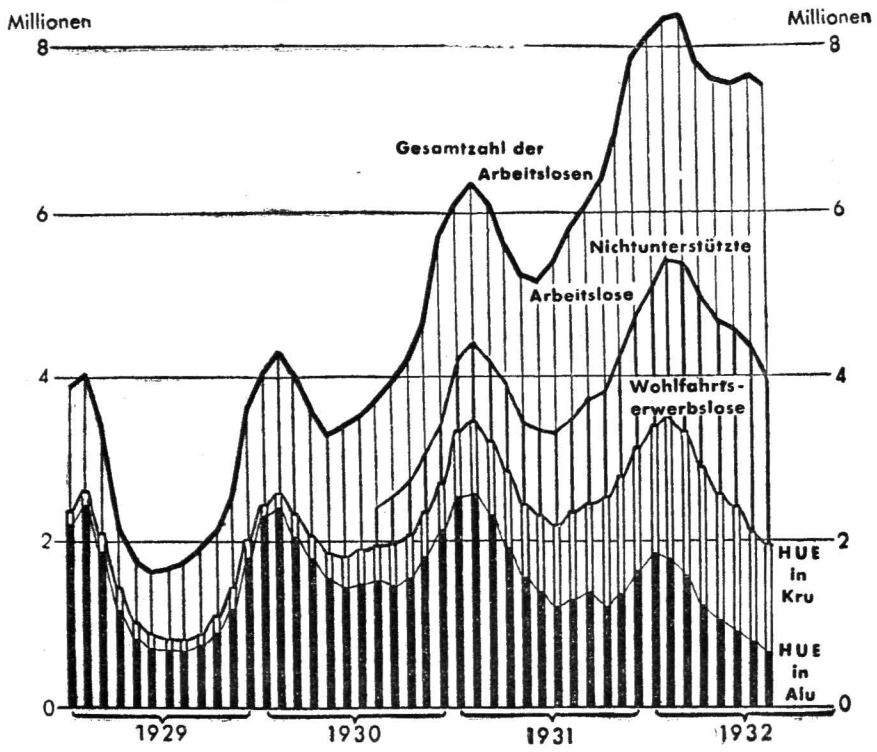
Nach dieser Berechnung sollten „nur“ etwa 400 000 bis 500 000 Arbeitslose ohne jede Unterstützung und Hilfe dem Hunger und Untergang ausgeliefert sein.

Allerdings darf man nicht glauben, daß die nichtunterstützten Arbeitslosen von der Luft und die unterstützten von den ihnen erteilten kümmerlichen Almosen leben können. Eine wichtige Quelle ihrer Existenz bildet allerlei gelegentliche Arbeit, die von keiner Statistik registriert wird. Ob man sie „Selbsthilfe der Arbeitslosen“ oder „Schwarzarbeit“ nennt, ist schließlich gleich. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß in einem Lande, wo 7,5 bis 8 Millionen Menschen aus dem regelrechten Arbeitsprozeß gedrängt sind und im besten Falle nur eine spärliche Unterstützung von der öffentlichen Hand erhalten, neben der offiziellen Volkswirtschaft sich ein neuer Sektor der Arbeit und Wirtschaft bilden muß: kümmerliche Selbstversorgung durch die Laubenwirtschaft, gelegentliche Reparaturen, Arbeitsdienste bei den Nachbarn, Hausierhandel u. a. m. sind lediglich Aeußerungen der neuen Sachlage, Millionen Menschen versuchen, sich in der Not zu helfen, sie tragen keine Verantwortung dafür, daß ihre Arbeit zur weiteren Desorganisierung des Arbeitsmarktes führt.

1. Gliederung der Arbeitslosen nach der Art ihrer Unterstützung



2. Die Arbeitslosen in Deutschland nach der Art ihrer Unterstützung in den Jahren 1928 bis 1932



Die Regierungsuhr

Die alte Uhr, die hatte noch ein Perpendikel,
das reichte bis zum armen Volk hinab.
Da kam die neue Zeit mit neuem Zwickel.
Da kam ein andres, kurzes Papendikel.
Von da ab ging es mit der Uhr bergab.

Man hing die Uhr nach rechts, um sie in Schwung zu halten.
Das Papendikel schlug nach links weit aus.
— Es ward aus Sparsamkeit aus einer alten
Monarchistenuhr herausgespalten.
Da kommt gewiß nichts Gutes raus —.

Ward mal im Funk kein Militärkonzert gegeben
— gewöhnlich war es in der Woche siebzehnmal —
da konnte man es je und je erleben,
wie die Regierungsuhr daneben
den Ton angab. (Hauptsächlich vor der Wahl).

Doch schnell genug entstanden Schwierigkeiten.
Die Länderuhren gingen eignen Trab.
Das Papendikel pendelte in Ungesetzlichkeiten.
— Sogar der Staatsgerichtshof konnte es nicht bestreiten —
Dann endlich hängte man das Papendikel ab.

Nun dreht von Schleicher mal die Zeiger — auf wie lange? —
Die Sternedeuterei hilft hier nicht viel.
Man sieht — der Krebs verfolgt die Jungfrau mit der Zange.
Der Steinbock springt herzu im Ueberschwange . . .
Kommt nun Gerechtigkeit nach bösem Papenspiel?

F. W. L.

Die Agitation im engeren Kollegenkreis

ist heute viel schwieriger im Vergleich zu früher, weil die Unwahrheiten und Verleumdungen der Gewerkschaftsgegner allein schon durch die fast unübersehbare Zahl ihrer Presseerzeugnisse viel leichter in Kollegenkreisen Eingang finden als ehedem. Und dies erfolgt trotz des viel stärker ausgeprägten Mißtrauens, das als Produkt der gegenwärtigen Zeit auch bei unseren Berufskollegen vorhanden ist.

Tatsächlich wird viel lieber ein verleumderischer Artikel mit knalliger Ueberschrift vom Gewerkschafts-Gegner und -Hasser gelesen als eine Abhandlung, die sachlich und klärend auf irgendeinen Vorgang eingeht und aus eigenen Kreisen stammt. Das durch die Zeitverhältnisse genährte Mißtrauen richtet sich nun — eigentlich unnatürlich — weniger gegen jene, die mit allerhand Verdrehungen und Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung sich bei jeder Gelegenheit an die Verbandsmitglieder heranpirschen, sondern mehr gegen die, die durch ihre Leistungen in der Vergangenheit genug bewiesen haben und in der Gegenwart täglich aufs neue beweisen, wie unsinnig, dumm und verwerflich die davernden Verleumdungen gegen die Gewerkschaften in Wirklichkeit sind. Verleumder haben in jedem Falle immer einen gewissen Vorsprung, weil sie zuerst auf dem Plane erscheinen und verschwunden sind, wenn die Abwehr erfolgt. Erfolgt nun diese überhaupt nicht, weil erstens die Lügen zu greifbar sind und zweitens nicht jede freche Gemeinheit eine Abwehr zu lohnen scheint, dann schreien die gewissenlosen Verleumder: „Seht, unsere Behauptungen sind wahr! denn sie sind nicht widerlegt!“ Auf diese Art wird in den Köpfen ungeschulter und nicht unterrichteter Arbeiter sehr viel Unheil angerichtet, denn nicht jeder Kollege ist so gebaut an Körper und Geist, um sofort den Pferdefuß zu erkennen, der bei allen Lügen und Gemeinheiten gegen die Gewerkschaften dennoch herausschaut. Könnte die Maulwurfsarbeit der Gewerkschaftsgegner immer sofort, wenn sie sich an die Berufskollegen heranmacht, zerstört werden, wäre das sicherlich ein Idealzustand, den zu erreichen des Schweißes wert ist. Es gab schon Zeiten, in denen das so erfolgte, weil die Verleumder meistens außerhalb der Arbeiterkreise standen. Heute jedoch stehen nicht wenige Arbeiter im Dienst solcher Maulwurfsarbeit! Und ist es schließlich auch ein sehr lumpiges Geschäft und ein sehr schofles Beginnen, im Arbeiter den Solidaritäts- und Zusammenhaltsgedanken zu zerstören versuchen, ihn geistig und materiell wehrlos machen zu wollen in der schlimmsten kapitalistischen Drangperiode, so finden sich dazu trotzdem immer wieder solche Gewissenlosegenug, auch in der Arbeiterschaft. Die ganze RGO-Tätigkeit und die der Nazis in den Gewerkschaften fällt unter die vorstehende Bezeichnung.

Auf Grund unserer Erfahrungen von Ursache und Wirkung im menschlichen Zusammenleben, wie auch im Organisationsleben, haben wir die unerschütterliche Ueberzeugung gewonnen, daß alle die gegenwärtigen Zerstörungsversuche durch Lügen gegen die Gewerkschaften, sich schließlich gegen die Urheber selbst und ihre Bestrebungen auswirken werden. Die Rückwirkung tritt mit Naturnotwendigkeit ein und wird beschleunigter eintreten, je mehr die Wirtschaftskrise abflaut. Sicherlich wäre es aber verkehrt, etwa zu warten, bis das eingetreten ist, denn bis dahin kann bereits zuviel des Wertvollen in der Gesinnung der einzelnen Kollegen zerstört sein; deshalb darf in der Agitation für den Verband keine Stockung eintreten. Mit ruhigem Gewissen können alle rednerischen und publizistischen Ergüsse der Gewerkschaftsverleumder immer und in jedem Fall als Lügen und Fälschungen bezeichnet werden.

Direkt lächerlich wirkt, wie die RGO. sich unsere Verbandserfolge in Abwehr und Angriff zur Erhaltung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Verbandsmitglieder auf ihr Konto schreibt. Nirgends in der Steinindustrie, auch im Steinstraßenbau nicht, hatte bisher die RGO. irgendeinen Erfolg. Ja, wo einige ihrer Schreier in den Vordergrund drängten, sind sie recht schnell wieder ins Dunkle getreten, weil hinter ihren großen Worten für die beteiligten Kollegen im Ernstfall weiter nichts steht; nur Phrasen — Straßenbettelei und Bettelsuppen haben sie für Streikende. Aber nachher, wenn der Verband die Bewegung abgeschlossen hatte, dann ist's ein Erfolg der — RGO. Das ist gewiß eine merkwürdige und erbärmliche Moral, um die wir diese „revolutionären Gewerkschafter“ keineswegs beneiden. Jedoch muß bei jeder Gelegenheit diesen gewissenlosen und schoflen Zeitgenossen auf die Finger geklopft werden. Unwahrheit und Renommisterei hat keinen Platz in der Gewerkschaftsbewegung, und wer diese Eigenschaften im Betriebe, in Sitzungen, in Versammlungen oder sonstwo in Arbeiterzusammenkünften entwickelt, der gehört nicht zu uns, von dem Abstand zu halten, bis er zur Besinnung kommt, Ehrenpflicht des Gewerkschafters ist. In der Agitation für den Verband muß aber trotzdem diesen Machern die Maske abgerissen werden! Sie sind Feinde der organisierten Geschlossenheit mit Vernunft und Förderer des wilden Zusammenlaufens ohne Organisation wie sich gerade die Gelegenheit bietet, sei es auf der Straße oder im Betrieb oder sonstwo. Das ist und bleibt Klamauk, aber keine gewerkschaftliche Erziehung zur Disziplin und Solidarität, die zum Erfolge führt. In der Agitation müssen unsere Kollegen dauernd auf dem Posten bleiben, wenn sie nicht wünschen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mehr zusammenschrumpfen.

Bergen (Rügen). Zu unserer Monatsversammlung am 27. November war Gauleiter Koll. Göckemeyer nach 1½ Jahren erschienen. Infolge der schlechten Wirtschafts- und Arbeitslage zeigen mehrere Verbandskollegen Sympathie für die RGO und versuchen Stimmung dafür in den Monatsversammlungen zu machen, indem sie die Erfolge unseres Verbandes heruntersetzen bzw. bezweifeln. Für den Gauleiter Koll. Göckemeyer war es an Hand seiner reichen Erfahrungen und seiner Agitationstätigkeit ein leichtes, den betreffenden Verbandskollegen zu beweisen, daß die RGO bisher in unserem Gaubezirk praktisch noch nichts geleistet hat und auch nichts anderes leisten kann, als Unwahrheiten in die Welt zu setzen durch ihre Presse. Von den RGO-Anhängern wurde sogar die Zweckmäßigkeit unseres Verbandes bezweifelt; auch hier konnte Koll. Göckemeyer das Gegenteil beweisen, indem er hier eine ganz beträchtliche Summe nannte, die für die Verbandsmitglieder durch die Verbandsleitung innerhalb unsetes Gaubezirks herausgeholt wurde, während die RGO bisher noch nichts aufweisen kann. Im Interesse unseres Verbandes ist es dringend notwendig, daß von den Gauleitungen die Zahlstellenversammlungen, insbesondere die kleineren ländlichen, etwas mehr beschickt werden, dann wird manche Verbandsmitgliedschaft aufrechterhalten und neue Mitglieder gewonnen werden können.

Lyck. Die Zahlstelle hielt am 27. November eine gut besuchte Versammlung ab. Zum ersten Punkt verlas der Schriftführer das Protokoll von der letzten Versammlung, das Zustimmung fand. Hiernach gab der Kassierer die Abrechnung. Es erwies sich, daß wir geordnete Kassenverhältnisse haben, was die Revisoren bestätigten. Kollege Radunski verlas mehrere Rundschreiben von der Zentrale. Bezirksleiter Koll. Neumüller hielt ein Referat über Tarif-, Arbeiter- und Rechtsfragen. Es entspann sich unter den Kollegen eine Debatte besonders über Notstandsarbeiten (Reichsbeschaffungsprogramm), Tarifkündigungen usw. Als Beschluß der Versammlung kam zum Ausdruck, daß von der Zentrale erwartet wird, daß sie für Ostpreußen ständig einen Bezirksleiter halten wird. Es muß aber auch eine erste Kraft sein, die in dem gänzlich isolierten Gebiet einen dauernden festen Stützpunkt des Verbandes schaffen müßte. — Unter „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, zu den Feiertagen den Mitgliedern ein kleines Weihnachtsgeschenk zu verabfolgen. Nach einigen internen Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Bezirk Löbau. Bezirkskonferenz am 3. Dezember 1932 in Neusalza-Spremberg. Tagesordnung: 1. „Die allgemeine Verbandslage; 2. Tarifangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Nach Wahl des Büros gab der Bezirksleiter, Koll. Schwarz, ungefähr folgende Uebersicht: Die Folgen der krassen Schiedssprüche und Notverordnungen mit ihrem Lohnabbau sind auch an unserer Gewerkschaft nicht spurlos vorübergegangen; denn wir müssen konstatieren, daß — statt sich enger zusammenzuschließen — ein Teil der Kollegen dem Verbande den Rücken gekehrt hat. Allerdings sei die lange Arbeitslosigkeit und Aussichtslosigkeit, jemals wieder im Beruf zu arbeiten, die Veranlassung. Nach Aeußerungen der Arbeitgeber genügt ihnen der Lohnabbau noch immer nicht, und am liebsten möchten sie die bereits stark durchlöcherten Tariflöhne durch willkürliche Bezahlung ersetzen. Aufgabe der Konferenz sei es, Mittel und Wege zu finden, um der Fluktuation innerhalb des Verbandes zu steuern und namentlich die Jugend für unsere Ziele zu gewinnen und zu interessieren. Auch der Bruderkampf müsse aufhören, wenn wir uns bei den Unternehmern wieder Respekt verschaffen wollen. An Hand der Prozentsätze der Arbeitslosen im Verband führte Koll. Schwarz die Leistungen des Verbandes vor Augen und hob hervor, daß trotz aller Gehässigkeiten von links und rechts der Kern der Organisation fest und gut ist und bei einigermaßen besserer Beschäftigung sich auch die Mitgliederzahlen wieder erholen, um mit neuer Kraft die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen in Angriff nehmen zu können. Diese Ausführungen standen zur Aussprache. Obwohl die Meinungen bezüglich der Taktik der Zentrale geteilt waren — einige Redner erblicken in dem immerwährenden Zurückweichen bei Lohnverhandlungen, Schiedssprüchen usw. zu wenig Kraftbewußtsein. Andere Redner sehen in den Handlungen der Zentrale das Gegebene in der ungeheuren Krise. War man sich einig, daß alles darangesetzt werden muß, um jeden im Betrieb stehenden Unorganisierten und die abtrünnig gewordenen Kollegen wieder zum Eintritt zu bewegen. Wie sich die Arbeitgeber das locker gewordene Organisationsverhältnis zum Schaden der Kollegen zunutze machen, wurde an einem Beispiel bei einer tonangebenden Firma der Lausitz gezeigt. Dort hat noch nicht ein einziger Kollege auch nur einen Tag Ferien für 1931/32 erhalten; wiederholte Vorstellungen endeten mit Vertröstungen, und nun beruft man sich auf Bayern, wo die Kollegen gänzlich auf Urlaub verzichtet haben sollen und eine Abmachung bestünde, die auch für die Lausitz gelte, obwohl den Funktionären von einer solchen Abmachung nichts bekannt ist. Leider finden sich immer Gläubige, und schon wird aufs neue gegen den Verband gehetzt; denn bekanntlich glaubt man unsern Widersachern mehr als den eigenen Vertretern. In diesem Zusammenhange löste die Ferienfrage für dieses Jahr eine längere Aussprache aus, und man einigte sich bis zur Erledigung des Streites zwischen den beiden Verbänden, die Hälfte zu fordern. Weiter wurde die Not der Erwerbslosen besprochen und eine Resolution angenommen, die die Zentrale weiterleiten soll. Bezüglich der Mitgliederwerbung wurde Hausagitation durch jugendliche Kollegen sowie Aufklärung der jüngeren Kollegen in Vorschlag gebracht. — Im 2. Punkt wurde der Ablauf des Lohnabkommens am 31. Dezember erläutert und von den Delegierten zum Vortrag gebracht, daß unbedingt etwas geschehen müsse, um unsere Entlohnung namentlich im Akkord einigermaßen den Lebensverhältnissen anzupassen; denn die Akkordlöhne stehen bis zu 25 Prozent unter Vorkriegszeit; der Index aber 18 Prozent darüber. Ein Antrag, der die Kündigung des Abkommens verlangt und Neufestsetzung in uns günstigerem Sinne wurde dem Gesamtvorstand zur nochmaligen Beratung überwiesen. Durch Rundschreiben werden die Kollegen über die weiteren Maßnahmen dann informiert. — Im „Verschiedenen“ wurde nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, u. a. auch die Schreibweise des „Steinarbeiters“ vor den Wahlen kritisiert. Es ist festzustellen, daß er von der früheren Gepflogenheit: „Wählt Arbeiterparteien“ abgewichen ist und nur noch Propaganda für die SPD macht. Dies mache manchem Kollegen sein Verbleiben bei der Gewerkschaft schwer; denn daß noch mehr Arbeiterparteien bestehen, sei doch nicht wegzudisputieren. Der Protokollführer wurde beauftragt, den Kollegen Siebold aufmerksam zu machen. Damit dieser Ruf nach Unparteilichkeit nicht ungehört verhallt. — Nachdem noch verschiedene Redner ermahnt und gelobt hatten, daß jeder alles, was in seinen Kräften steht, tun soll und will, um der Organisation wieder zum Aufstieg zu verhelfen, war Schluß der anregend verlaufenen Konferenz.

(Anmerkung der Red.: Wenn die „anderen Arbeiterparteien“ gegen die Gewerkschaften wirklich unparteiisch wären, dann hätte das Verlangen nach „Unparteilichkeit“ an unsere Adresse eine gewisse Berechtigung und wäre diskutabel. Aber das Gegenteil ist bekanntlich der Fall; denn mit Lügen und demagogischen Verleumdungen rennen die „anderen“ dauernd gegen die freien Gewerkschaften an. Wer trotz dieser Tatsache und der heutigen zugespitzten Zeit, in der sich alles und jedes auf die kümmerliche Rechte der Arbeiterschaft stürzt und bei dem bedauerlichen Kampf „Arbeiter gegen Arbeiter“ einem freigewerkschaftlichen Blatte noch Unparteilichkeit gegen die „anderen“ predigt, der ist sich der Lage der Arbeiterschaft und der organisierten im besonderen kaum voll bewußt. Unparteilichkeit wird auch nur dort und von jenen verlangt, die noch in der Minderheit sind. Im wirtschaftlichen und politischen Kampfe ist Eunuchentum das unangenehmste und feigste. Nein, man muß schon deshalb Farbe bekennen, dann ist der Kampf ehrlich und das Ziel immer klar. Im übrigen wird das gewerkschaftliche Ziel auch künftig hochgehalten, so wie die Redaktion das auch anläßlich der hinter uns liegenden Wahlen glaubt getan zu haben.

So soll die Organisation sein . . .

So soll es sein: Als Herz in der Mitten,
Wachend und führend bei allen Schritten
Der Organisation die Zentrale.
Und von ihr ausgehend in vielfachem Strahle,
Gleich einem kunstvollen Netz verzweigt,
Doch stets zur Zentrale verbindend geneigt,
Die großen und kleinen Ortsvereine.
Und wie am Haus all die tausende Steine
Mit festem Mörtel verbunden sind,
Auf daß alles eins sei und an Stärke gewinnt,
Kraftvoll die Zeit zu bestehen
Und nicht im Sturm zu vergehen:
So soll auch in jedem Zweigverein
Jedes einzelnen Mitgliedes Aufgabe sein,
Das Ganze nach Kräften zu stützen
Und ihm treulich dienend zu nützen!
Jeder schaffend, ob früh, ob spät,
Am schönen Werke der Solidarität.
Jeder still wirkend oder mit feurigem Wort,
Die Gewerkschaft stets hütend als starken Hort,
Alle verbunden mit gleichem Sinn —
Das führt sicher zum Ziele hin!
Wenn jeder in dieser Weise schafft:
Das wirkt beständig, das gibt Riesenkraft!
Kraft in der Zentrale, Kraft in jedem Verein:
So soll die Organisation sein!

T.

Das Talkum und sein Verwendungsbereich

Der Talk, lat. talcum, ein aus kieselsaurer Magnesia und etwa 5 Prozent Wasser bestehendes Mineral, kommt in zwei Abarten vor, dem gewöhnlichen Talkstein und dem Speckstein. Der erstere ist in reinem Zustande ganz weiß, in den meisten Fällen jedoch durch fremde Bestandteile schwach grünlich, gelblich oder graulich gefärbt. Er ist weich, wird aber beim Glühen hart und schmilzt erst bei 2000 Grad Celsius Hitze, fühlt sich weich und stark fettig an, läßt sich sehr leicht spalten, ist durchscheinend und an den frischen Bruchflächen glänzend wie Perlmutter. Im Wasser löst sich der Talk nicht auf, auch wird er von Säuren nicht angegriffen. Der Speckstein ist von gleicher Zusammensetzung wie der Talk, nur etwas dichter und härter und undurchsichtig. Die geringen Unterschiede zwischen Talk- und Speckstein haben dazu geführt, daß man sie im allgemeinen als gleich ansieht, zumal die Verwendung beider Mineralien fast die gleiche ist. Sie sind auch durchaus keine seltenen Mineralien, größere Lagerstätten von ihnen finden sich im Fichtelgebirge, in Sachsen, in Ungarn, Piemont, Oesterreich, England, Schottland, Schweden, China usw.

Im späteren Mittelalter soll der Speckstein aus dem Fichtelgebirge zur Herstellung von Flinten- und Kanonenkugeln verwendet worden sein, die durch Ausglühen die nötige Härte erhielten und von Nürnberg aus vertrieben wurden. Später verarbeitete man auch, namentlich in Wien, Speckstein zu Meerschaumersatzwaren. Dazu kam dann der Verbrauch in Form von Schneiderkreide zum Zeichnen auf Tuch und zu kleineren Schnitzereien und Bildwerken. Zu einer ausgedehnteren gewerblichen Verwendung gelangte man aber erst in den 1850er Jahren, als man die hervorragende Eignung des Talks zu Gasbrennern kennen lernte. Seit die Schnittbrenner durch das Gasglühlicht verdrängt wurden, ging der Verbrauch zu Brennern wieder zurück, dafür wurde aber ein neues Anwendungsgebiet in der Elektrotechnik gefunden, wo die Eigenschaft, Wärme und elektrischen Strom schlecht zu leiten, als Abschließungsmittel zu statten kam. Auch zu Schmelztiegeln wurde Talk verwendet. Die ausgedehnteste Benützung aber finden heute Talk- und Speckstein in gepulvertem Zustande als sogenanntes Talkum, das für die verschiedenartigsten Zwecke in großen Mengen von den deutschen Gruben geliefert wird.

Die wichtigsten Eigenschaften des Talkums sind Fettigkeit ohne schmutzende Nebenwirkung, wie sie Oelen und Fetten eigen sind, Unempfindlichkeit gegen Wasser und Säuren, hohe Wärmebeständigkeit, feines Korn, geringe Neigung zur Staubildung, Geschmeidigkeit, leichte Mischbarkeit mit anderen Stoffen, Fähigkeit, leicht jede andere Färbung anzunehmen. Die Fettigkeit — Fett selbst enthält das Talkum nicht — macht das Talkum besonders geeignet als Füllstoff in der Industrie technischer Oele und Fette, und so findet man es in großen Mengen Bohnermassen, Wagenfetten, Zahnradschmieren, Gleitschmieren, Stopfbüchsenpackungen, Seilschmieren, Treibriemenschmieren, Konservierungsmitteln für Leder, Stiefelwichse, Lederputzmitteln usw. beigemischt. Das Talkum nimmt begierig Fett auf und mischt sich sehr gut mit Fetten, Harzen und Farbstoffen, es erhöht die Schmierkraft der mit ihm gestreckten oder, wie der Fachausdruck lautet, „gefüllten“ Schmiermittel. Bei Bohnermasse und Stiefelwichse trägt Talkum zur raschen Bildung der erwünschten glatten hochglänzenden, nicht klebenden und gegen Wasser widerstandsfähigen Oberfläche der mit solcher Masse behandelten Gegenstände bei. Als Füllmasse für Fett bewirkt das Talkum nicht nur eine Vergrößerung der Menge, sondern dient es auch zur Auflockerung der Masse und beeinflußt dabei die Eigenschaften der mit ihm vermischten Fette günstig. In der Parfümerie dient das Talkum zum Strecken der Fettmassen bei der sogenannten Enfleurage, dem Ausziehen von Riechstoffen aus Blumen und anderen Erzeugnissen, ferner zur Herstellung von Schminken, Pomaden, Pudern, Nagelpoliermitteln und ähnlichem.

Weiter erfreut sich das Talkum in der Papiererzeugung großer Beliebtheit als Füllstoff, besonders für feine Papiere. Es hat hier andere mineralische Füllmittel stark zurückgedrängt, weil es bedeutende Weichheit, Griffigkeit und Deckkraft besitzt. Infolge seines feinen Kornes legt sich das Talkum fast an jede Papierfaser, verfilzt das Ganze innig und vermindert das Dehnungsvermögen des Papiers, was besonders bei Papier für Kunstdruck von Wichtigkeit ist. In der Textilindustrie hat das Talkum ein schon älteres und ausgedehntes Anwendungsbereich und zwar als Beschwerungsmittel und als Zusatz zu Schlicht- und Appreturmitteln. Beim Schlichten von Baumwollenkettengarn, als Zusatz bei der Herstellung von Futterstoffen, in der Bleicherei, Kattundruckerei usw. ist das Talkum heimisch und wird es in Verbindung mit Seifen, Fetten, Oelen, Wachsen, Dextrin, Chinaclay, Weizen-, Reis-, Kartoffelmehl angewendet. In der Baustoffindustrie wird Talkum als Zusatz zu Kunststeinen verwendet, namentlich um ihre Feuerfestigkeit zu erhöhen, dann als Füllstoff für Steinholzfußböden, Korkestrich, Kunstmarmor, Zementdachplatten, Wandbekleidungsplatten, weiter zur Herstellung von Dachpappen, Filzen usw. Auch die Farbenindustrie bedient sich schon lange des Talkums. Hier ist es an die Stelle der alles beschmutzenden Kreide getreten, und auch bei der Herstellung von Pastill-, bunten Kreide- und anderen Farbstiften hat sich fein gepulvertes Talkum als Träger des Farbstoffes besser bewährt als die früher benützte Kreide, Gips und andere Mineralien. Bei Anstrichen wird die Lichtbeständigkeit und Deckkraft der Farben sowie das feste Anhaften durch Zusatz von Talkum begünstigt. Außerdem sind solche Talkumfarben elastisch und neigen weniger als andere zu Rißbildungen und zum Abplatzen. Auch ist ihre größere Unempfindlichkeit gegen Säuren, Seewasser usw. von nicht zu unterschätzendem Wert.

Als Schleif- und Poliermittel für weichere Stoffe wie Alabaster, Elfenbein, Bernstein, Meerschaum, Knochen, Horn, ist Talkum schon lange in Gebrauch. Durch Glühen und durch Mischung mit geschlämmtem Koalin, Borax, Schlämmkreide, Bimsstein, Zinnasche, Polierrot und anderen Mitteln lassen sich Schleif- und Poliermittel aus Talkum in fast jeder beliebigen Härte und Körnung herstellen. Zum Polieren von Reis, Erbsen, Bohnen, Linsen usw. ist Talkum ebenfalls schon lange in Gebrauch, neuerdings auch als Metallpoliermittel. Glasfabriken benützen Talkum als Puder zum Einstäuben der Formen und als Trübungsmittel bei der Herstellung wolkiger Gläser und als Entfärbungsmittel für Alabasterglas, Tafelglas usw., die Porzellanfabriken zur Erzeugung von Porzellanfarben und Glasuren.

Ferner ist zu erwähnen der Gebrauch von Talkum zur Gewinnung von Kitt verschiedenster Art, so von Emailkitt, Metallkitt, Spachtelkitt usw., dann von Modelliermassen nach Art der Plastilina. Hier bewähren sich Talkummassen besser als Kreide usw., weil sie nicht fetten und keine Feuchtigkeit abgeben, schön glänzen und sich leicht beliebig färben lassen. In der Lederindustrie wird Talkum zum Aufsaugen der dem Leder anhaftenden Fette, beim Walken und zum Strecken der Seifenschmiere benützt. Als Glättepulver für das Innere von Lederhandschuhen und Schuhwaren ist es schon lange bekannt. In der Heilmittelindustrie dient es in großem Umfange zur Erzeugung von schweißaufsaugenden Mitteln, Streupulvern, Pudern usw. Da Talkummehl sehr gut Luftzutritt verhindert, kommt es auch vielfach als Verpackungsmittel in Frage.

Das hier Angeführte läßt schon erkennen, daß der Anwendungsbereich des Talkums sehr viel größer ist, als mancher ahnt, und daß sich ihm in Zukunft wahrscheinlich noch weitere Anwendungsgebiete erschließen werden. Die deutschen Vorkommen an Talk-

Rundschau

Da staunste! Der Deutsche Reichstag hat am 9. Dezember vor seiner Vertagung, abgesehen von einer Prügelei zwischen Kozis und Nazis, doch etwas Ersprießliches geleistet, worüber sich in Deutschland außer den Deutschnationalen sicherlich jeder vernünftige Mensch freut. Nämlich:

mit 404:127 Stimmen das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten verabschiedet, sodann den vom Zentrum eingebrachten Gesetzentwurf auf Aufhebung des zweiten, sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September angenommen und schließlich mit 395:144 Stimmen das Amnestiegesetz beschlossen. Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten, am 12. Dezember noch eine Plenarsitzung abzuhalten, um Maßnahmen für die Winterhilfe zu beschließen, wurden, nachdem der Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, namens der Regierung eine kurze, entgegenkommende Erklärung abgegeben hatte, von einer Mehrheit abgelehnt, die sich aus Nationalsozialisten, Zentrum, Bayrischer Volkspartei und den kleineren Gruppen zusammensetzte.

Von der Amnestie werden eine Anzahl von Fällen betroffen, die bei der strafprozessualen Abwicklung das größte Interesse in der Oeffentlichkeit erweckten, aber auch Schrecken und Empörung wegen der ungemein harten Strafen ausgelöst haben.

Hoffentlich behält die vernünftige Linie im Reichsparlament die Oberhand auch in den kommenden Beratungen Mitte Januar 1933. Wir Gewerkschafter wünschen es so dringend, wie die ungeheure Not der Arbeitslosen das gebietet.

Gigantische Zahlen. Die Stadt Berlin hat rund 7500 Straßen. Die kürzeste davon ist 25 Meter und der längste einheitliche Straßenzug 22 Kilometer lang. Die Verkehrsdichte einiger Straßen Berlins geht aus folgenden Zahlen hervor: Während einer 14stündigen Beobachtungszeit verkehrten Unter den Linden am Brandenburger Tor 16 477 Fahrzeuge, mithin stündlich 1177 nach beiden Richtungen. Die Streckenlänge der Wasserläufe für den Schiffahrtsverkehr innerhalb des Weichbildes der Stadt Berlin beträgt insgesamt 185 Kilometer. Berlin hat 1096 Brücken, davon 707 für den Straßenverkehr und 389 für den Eisenbahnverkehr. Der gesamte städtische Grund- und Bodenbesitz der Stadt Berlin ohne das Straßenland beträgt 59 749 Hektar (234 216 Morgen), darunter 23 594 Hektar (92 488 Morgen) Forsten. Die Stadt Berlin besitzt 63 landwirtschaftliche Güter. Von der Gesamtbevölkerung Berlins von über 4,2 Millionen sind rund 1 800 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Berlin hat 36 Theater mit insgesamt 40 981 Plätzen, große Kabaretts sind sieben mit 15 361 Plätzen vorhanden. An Lichtspieltheatern gibt es in der Reichshauptstadt 395 mit 194 397 Plätzen. Die Kinos Berlins wurden im Jahre 1931 von 55 600 000 Personen besucht. Das sind einige Angaben über die Ausdehnung einer großen Stadt und deren pulsierendes Leben.

Die Bibliothek eines Professors. Der „Oesterreichische Metall- und Bergarbeiter" zitiert aus den im „Tiroler Anzeiger" erschienenen Lebenserinnerungen eines Innsbrucker Akademikers folgende Stelle über den Besuch bei einem früher in Innsbruck ansässigen Universitätsprofessor Oellacher:

„Oellacher lud mich zu näherer Besichtigung seiner Bibliothek ein, die nicht fachwissenschaftlichen, sondern schöngeistigen, allgemein interessierenden Inhaltes sei. Da standen in prächtigen, gleichmäßigen Lederbänden die Meisterwerke aller Völker und Zeiten, von Homer bis herab zu Grillparzer. Mir war keine Sammlung der Weltliteratur von dieser Art bekannt und ich bat, mir sie ansehen zu dürfen, was Oellacher ohne weiteres gestattete und mich nur ersuchte, beim Herausnehmen der Bücher vorsichtig zu sein. Ich nahm also einen Band und sah zu meinem Erstaunen, daß ich nur eine Attrappe in der Hand hielt, eine Schachtel in Buchform; und schlug man den Deckel zurück, so stand darin — ein Fläschchen irgendeiner Likörsorte; jedes dieser „Meisterwerke der Weltliteratur" barg in seinem Innern eine andere Sorte von Schnaps."

Die „schöngeistige" Bibliothek dieses „Gelehrten" ist in der Tat eigener Art gewesen. Der Herr bezog seinen Geist aus der Schnapsflasche. Mein Gott, wie groß war und ist dein Tierreich!

238 Frauenverbände. Die verhältnismäßig junge Frauenbewegung ist nicht wenig zersplittert. Dafür ein Beispiel: Dem Ehrenausschuß der im Frühjahr 1933 in Berlin stattfindenden Ausstellung „Die Frau" gehören nicht weniger als 238 Verbände an. Darunter befinden sich winzige, unscheinbare Gebilde. Wie die Zersplitterung fortgeschritten ist, beweist, daß drei Frauenvereine mit dem Namen Pestalozzi-Fröbelhaus vorhanden sind. Warum hier nicht ein Verein genügte, ist nicht ersichtlich. Neben dem bunten Mosaik von Frauenvereinen und -vereinchen gehören dem Ehrenausschuß auch das Arbeiterinnensekretariat des ADGB. die Sozialdemokratische Frauenbewegung und der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt an. 238 Frauenvereine sind etwas viel, mindestens 200 sind überflüssig.

---

und Speckstein scheinen zur Deckung des Bedarfs nicht auszureichen, denn 1931 mußten davon nicht weniger als 196 000 Doppelzentner in roher, gemahlener oder gebrannter Form eingeführt werden. Die Hälfte davon lieferte Oesterreich, den Rest hauptsächlich Frankreich und Italien. Die Ausfuhr betrug nur etwa 8000 Doppelzentner.

Dr. C. Schmidt.

Die Radikalen sind nicht immer die Klügsten

Es ist wahrhaftig nicht so, daß die, die das große Mundwerk haben, nun auch etwa die klügsten Menschen sind, und wenn man solch einem radikalen Schreier einmal auf den Zahn fühlt, dann stellt man oft fest, daß mit dem Manne wirklich nicht viel los ist.

Recht bezeichnend scheinen uns Untersuchungen zu sein, die man neuerdings in Schulen anstellte. Da haben freiheitlich eingestellte Lehrer versucht, festzustellen, wie weit bei den größeren Schülern Klarheit über Staat und Gesellschaft vorhanden ist, und da haben diese Untersuchungen leider gezeigt, daß die Jugend nicht allgemein die Kenntnisse hat, die nötig sind. Die Jugend geht heute viel zu sehr ins Leben ohne die Grundbegriffe zu kennen, nach denen sich heute das Zusammenleben vollzieht.

Besonders auffallend war es den Untersuchern, daß der Radikalismus oft da zu finden ist, wo sich nachher eine große Leere offenbarte. Dumm brauchen diese jugendlichen Menschen nicht zu sein. Aber sie verstehen nichts von dem, von dem sie gern reden, von Politik, Staat, Wirtschaft. Grade die lautesten Schreier haben oft die geringsten Kenntnisse.

Der Radikalismus soll sich in Glauben und Mut umsetzen, in Tatbereitschaft und Opferfreude! Nach der Richtung soll man ruhig ein wenig extrem sein. Aber die Wirklichkeit muß man sehen, wie sie ist, und nicht anders. Die Verbindung von Klarheit und eisernem Willen allein ist es, die uns vorwärts bringt.

Das Lockmittel

Der Sonntags-Gottesdienst in Klein-Peine wird unangenehm gestört durch den Schlucken des Tischlermeisters Dresel, eines Gewohnheitstrinkers. Eine Zeit lang hört sich der Pfarrer das geduldig an, schließlich aber ruft er dem Kirchendiener zu: „Petermann, setzen Sie den Mann an die Luft!"

Atemlos erwartet die Gemeinde, daß der Störenfried sich wehren wird. Es geht aber alles lautlos vonstatten.

Nach Schluß der Kirche ruft sich der Pfarrer den Petermann, klopft ihm anerkennend auf die Schulter und fragt: „Wie haben Sie denn das so glatt fertig gekriegt?"

„Ei nu, Herr Pfarrer, ich hab'm ins Ohr geflüstert: Gomm, mei Gut'ster, hab'ch g'sacht, gomm mer woll'n 'n Gleen genähmichen."

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende November 1932

Die Zählung umfaßt 536 Zahlstellen mit 35 357 Mitgliedern. 182 Zahlstellen mit 3197 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden, weil die betreffenden Ortsverwaltungen trotz dringender Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig berichtet haben.

Es wurden 22 702 Arbeitslose ermittelt, das sind 64,2 Prozent der von der Zählung erfaßten Mitglieder. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 62,3 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Beteiligte Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	24 519	15 272	62,3	62,2
Steinsetzer...	10 838	7 430	68,6	62,6

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

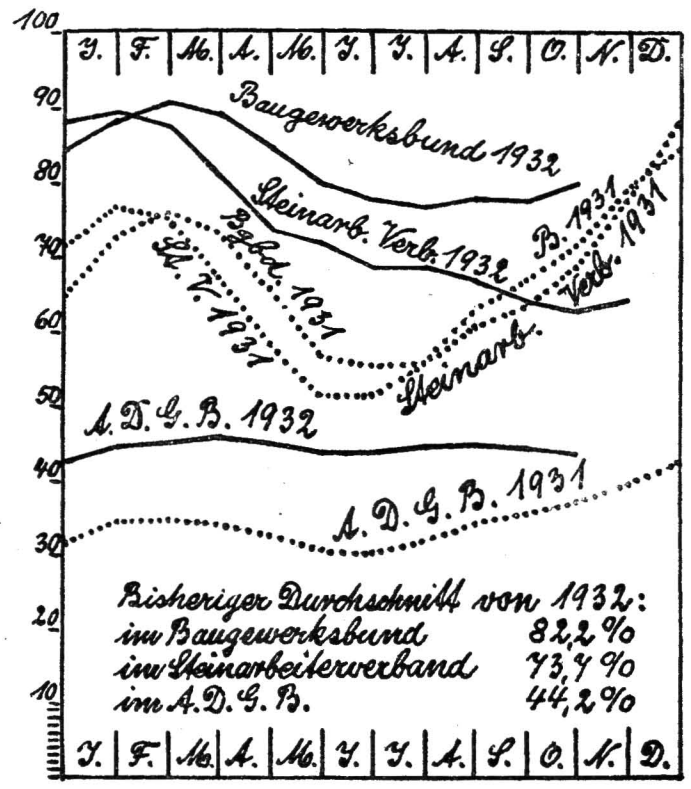
Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt Nov. v. H.	Insgesamt Okt. v. H.	Steinarbeiter Nov. v. H.	Steinarbeiter Okt. v. H.	Steinsetzer Nov. v. H.	Steinsetzer Okt. v. H.
Rheinland	84,6	83,2	85,0	83,6	81,4	80,1
Pommern	77,6	71,1	49,5	37,2	80,8	76,5
Südwestdeutschland	73,5	70,3	73,1	69,5	84,0	80,4
Nordmark	68,5	69,9	63,3	69,6	70,5	70,0
Bayern	68,0	65,8	69,1	65,8	54,2	65,9
Mitteldeutschland	66 2	65,7	60,6	64,7	73,6	66,9
Niedersachsen	64,5	55,9	58,5	54,8	69,6	57,0
Westfalen	64,3	60,5	71,0	67,2	61,2	58 2
Brandenburg	64,0	61,7	76,8	71,3	58,4	57,0
Ostpreußen	61,6	49,8	81,5	81,0	56,0	40,6
Hessen	61,6	66,9	63,7	64,2	77,6	74,2
Schlesien	60,4	56 8	58,6	58,3	67,1	52,1
Sachsen	56,8	55,3	55,4	55,1	65,9	56,9
Reichsgebiet	64,2	62,3	62,3	62 2	68,6	62,6
1931	77,9	68,4	75,8	67,0	83,2	71,6
1930	53,2	44,4				
1929	31,2	20 3				
1928	16,5	9,7				

Von dem Wiederansteigen der Arbeitslosigkeit wurde hauptsächlich die Steinsetzergruppe betroffen. (Nur der Bezirk Bayern nimmt eine Ausnahmestelle ein.) Es ist zum Teil auf die Witterungsverhältnisse, zum Teil auf die Erledigung zurückliegender und das Nochnichtvorliegen neuer Aufträge zurückzuführen. Daß der häufige Regierungswechsel auch unstete Auftragsverhältnisse für hauptsächlich auf die öffentliche Hand angewiesene Berufe (Bahn-, Straßen-, Brückenbau, öffentliche Gebäude usw.) hat, ist nur zu erklärlich. Ausschlaggebend ist natürlich, wie für alle Berufe, die Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Und in dieser Beziehung harren wir noch immer der Durchführung eines großangelegten Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Immerhin liegt die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in ihrer Gesamtheit 13,7 Prozent, in der Steinarbeitergruppe 13,5 Prozent und in der Steinsetzergruppe 14,5 Prozent niedriger, als zu der gleichen Zeit des Vorjahres.

Folgende graphische Darstellung zeigt den Verlauf der diesjährigen Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr

1. im Steinarbeiterverband,
2. im Baugewerksbund (dessen berufliche Struktur der unseren wohl am nächsten steht),
3. im ADGB-Durchschnitt.



Bei Betrachtung des Bildes fällt auf, daß der Steinarbeiterverband die Arbeitslosenkurve von 1931 bereits Anfang Oktober d. J. unterschritten hat, und daß auch der Novemberstand d. J. erheblich unter dem des Vorjahres liegt, wie im Vorhergehenden des näheren ausgeführt ist. Im Gegensatz hierzu konnten weder die diesjährigen Arbeitslosenziffern des Baugewerksbundes noch die des ADGB ihren niedrigeren Stand des Vorjahres erreichen. (Die Novemberziffern des Baugewerksbundes und des ADGB waren noch nicht bekannt.)

Der Belebung der Steinindustrie und des Steinstraßenbaues gilt nach wie vor unser Hauptbestreben. Dabei appellieren wir in gleichem Maße an den neuen Arbeitsminister und den Arbeitsbeschaffungskommissar mit der Doppelforderung: Arbeit zu ausreichenden Löhnen. Daß letztere nur erreicht und gesichert werden können durch den organisatorischen Zusammenhalt der Kollegen, das hat die Vergangenheit des Verbandes zur Genüge bewiesen. **Die Zusammenfassung aller Kräfte führt uns auch wieder einer besseren Zukunft entgegen.**

E. W.

Adressenänderungen

1. Gau: **Köslin.** Vorsitzender und Kassierer: Richard Priebe, Tischlergasse 4.

2. Gau: **Steinau (Oder).** Vorsitzender: Alfred Röhrich, Braustraße 19. Kassierer: Paul Kliem, Mühlplan 3.

11. Gau: **Flensburg.** Vorsitzender: Heinrich Hansen, Waldstr. 19.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen:

Sonnabend, 17. Dezember.

In **Essen** um 19 Uhr bei Kniepkamp, Schwanenkampstraße. Die Versammlung ist verbunden mit einer weihnachtlichen Kinderbescherung nebst Kaffee und Gebäck für Frauen. Die Kollegen, deren Frauen und Kinder sind dazu herzlich eingeladen. Eintritt frei, doch Verbandsausweis ist mitzubringen.

Sonntag, 18. Dezember.

In **Kolberg** um 9 Uhr bei Guhlke, Stettiner Straße. Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitbringen!

In Mannheim um 10 Uhr. Vortrag des Gauleiters Kollegen Fr. Sarfert und Verteilung der örtlichen Weihnachtsbeihilfe.

*

Das Jahr 1932 schließt mit 53 Wochen ab. Im Mitgliedsbuch oder auf der Interimskarte sind demnach für das Jahr 1932 53 Marken fällig. Kein Verbandsmitglied, kein Kassierer übersehe das. Ab 1. Januar 1933 findet, wie bei jedem Jahreswechsel im Verbande üblich, wieder ein Markenwechsel in der Farbe statt. Deshalb möchten die Rückstände noch mit den diesjährigen Marken ausgeglichen werden. Im übrigen wird auf das Rundschreiben verwiesen, das für die Kassierer bestimmt, dem Abrechnungsformular für das 4. Quartal beigefügt wurde.

*

Gera. Die Zahlstelle kann keine örtliche Reiseunterstützung mehr zahlen.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung für den Zahlstellenbezirk findet am 16. Dezember von 10 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr im Büro statt. (Diese Meldung erfolgt verspätet, hätte bereits in Nr. 50 erfolgen sollen.)

Briefkasten

E. G. L. Man bekommt nicht das eingezahlte Geld zurück, sondern vier Fünftel der Prämienreserve; dies ist die Summe, die nach Abzug der bereits ausgezahlten Sterbefälle und nach Abzug der Verwaltungskosten verbleibt. Diese Auskunft hätte, vielleicht noch genauer, der dortige Einkassierer geben können.

Auskunft P. Nach dem Konjunkturinstitut wird in den nächsten Wochen ein weiteres Sinken der Beschäftigung in den Außenberufen und auch in andern Berufen eintreten. Es wird darauf ankommen, ob sich die Beschäftigung in den übrigen Wirtschaftszweigen weiterhin beleben wird. Das bisherige Tempo in der Belebung einzelner Industrien wird nachlassen. Trotzdem wird aber in der Beschäftigung kaum mit einem so starken Rückschlag zu rechnen sein, daß der Stand der Arbeitslosigkeit von Mitte dieses Jahres unterschritten wird. Hoffen wir, daß die günstige Voraussage zutrifft.

Neugieriger. Die umlaufende Stückgeldmenge in der Weltwirtschaft wird Ende 1931 auf 100 Milliarden Mark beziffert. 80 bis 85 Milliarden sind Banknoten und sonstiges Papiergeld. Ferner liefen 3,5 Milliarden Goldmünzen um, der Rest besteht aus Scheidemünzen. An dem Gesamtgeldumlauf sind beteiligt Kontinentaleuropa mit 38,2 Milliarden, USA mit 24,1, das britische Weltreich mit 14,8, Rußland mit 1,8, Lateinamerika mit 3,8, die Kolonien, ohne die britischen mit 2,0 und die übrige Welt mit 8,2 Milliarden.

H. B. W. Nach § 771 des BGB kann der Bürge die Befriedigung des Gläubigers verweigern, solange dieser nicht eine Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner ohne Erfolg versucht hat. Man nennt das Einrede des Bürgen. Allerdings ist diese Einrede ausgeschlossen, also wirkungslos, wenn die Aenderung des Wohnsitzes des Hauptschuldners die Rechtsverfolgung erschwert. (§ 773 BGB.)

Befriedigt der Bürge den Gläubiger, dann geht dessen Forderung an den Hauptschuldner auf den Bürgen über, der nun seinerseits auf dem Wege der Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner sein Recht suchen kann.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Das Wort der Männer." Die **Büchergilde Gutenberg,** Berlin, die bereits 27 Bände von Jack London in einer vorzüglichen Uebersetzung und schönen Ausstattung herausgebracht hat, läßt jetzt den 28. Band dieses Autors folgen: „Das Wort der Männer", in Leinen gebunden 2,70 Mark. Der Band enthält Erzählungen aus Alaska, eine Auswahl aus vier bisher in Deutschland unbekannten Erzählungsbänden von Jack London. Er erweist sich in diesen Geschichten wieder als ein Erzähler ganz großen Stils Seine unbändige Phantasie und seine große Darstellungskraft, eine wilde Landschaft und heroische Menschen, das gibt einen Zusammenklang ganz starker Werte Die in die Hunderttausende gehenden Jack-London-Leser in Deutschland werden diesen Band mit Begeisterung begrüßen.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde Herausgeber Theodor Leipart Schriftleiter Lothar Erdmann Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m b H. Berlin S 14 Inselstraße 6a. Abonnementspreis vierteljährlich 3.60 Mark. für Gewerkschaftsmitglieder 2.85 Mark.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung Herausgegeben von Karl Zwing, Jena Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung. Jena Vierteljahresabonnement 3.60 Mark

„Urania". Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Notizen und Artikel, reich illustriert, aus allen Wissensgebieten berichten über neue Entdeckungen und Erfindungen Der „Urania"-Verlag in Jena stellt Prospekte und Probehefte gern kostenlos zur Verfügung Abonnementspreis 1.60 bis 3 Mark. Je nach Buchbeigabe (brosch oder Ganzleinen geb.) gibt es von den Heften drei Ausgaben, und zwar A, B und C.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweissstahl
Rammen, Brechstanger
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Bremen. Der am 3. November verstorbene Kollege H. Borgstädt war Steinbildhauer, nicht Steinsetzer wie in Nr. 49 gemeldet.

Passau. Am 13. November der Granitsteinmetz Max Baumgarten, 53 Jahre alt, 2 Jahre herzkrank.

Mayen. Am 18. November der Steinmetz Joseph Gondorf, 55 Jahre alt, 9 Monate Darmerkrankung.

Königsberg. Am 19. November der Sandsteinmetz Matthias König, 57 Jahre alt, Freitod.

Süplingen. Am 27. November der Brecher Heinrich Basse, 61 Jahre alt, 18 Wochen krank, Speicheldrüsengeschwulst

Stettin. Im November der Steinsetzer Otto Eiert, 60 Jahre alt, Schlaganfall.

Rostock. Am 1. Dezember der Steinsetzer Karl Heer, 52 Jahre alt, 3 Jahre krank, Herzleiden.

Roth (Westerwald). Am 2. Dezember der Hilfsarbeiter Karl Knaup, 27 Jahre alt, 1 Jahr krank, Lungentuberkulose.

Gommern. Am 6. Dezember der Brecher Otto Rode, 53 Jahre alt, Blutsturz.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.